

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A 4.05 M., Ausgabe B 2.75 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 4.05 M., Ausgabe B 2.75 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Sonntagen nachmittags. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vormittags.

Anzeigen: Entnahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeilspalten 50 J., im Restbetrag 1 M., Familien-Anzeigen 40 J. — Für unendlich gedruckene, sowie durch Fernsprecher auftragene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Roske

Von unserem Berliner Vertreter

Um das „Problem Roske“ tobte in den letzten Wochen ein lebhafter Kampf. Selbst die eigenen Parteigenossen Roskes waren an ihm irre geworden. Am Grunde hatten sie sich aber nur durch die Agitation der Unabhängigen und durch die irrsinnige Gespensterfabrikation ihres Berliner Organs „Die Freiheit“ ins Dockhorn jagen lassen. Wo irgend ein Offizier sich räusperte und spuckte, wurde in der „Freiheit“ über die Gefahr der „Gegenrevolution“ geredet. Dieses „gegenrevolutionäre“ Geschwätz war nachgerade schon historisch geworden.

Nun trugen sich in neuerer Zeit einige Dinge zu, die in ihrer agitatorischen Ausnützung allerdings geeignet waren, Roske die Stille recht heiß zu machen. Vor allem „der Fall“ des Obersten Reinhard. Reinhard war der Offizier, der im Januar mit einer Hand voll treuer Truppen Berlin von der Spornatunherrschaft befreite und unter schweren Opfern dieser Truppe die Spartafiguren aus dem „Vorwärts“-Gebäude herauswarf und damit den Sozialdemokraten ihr publizistisches Organ wiedergab. Damals gingen die Geschicke der Regierung an einem Faden, kein Wunder, daß die Sozialisten im Kabinett ihrem Netter schon einigen Dank zollen. Oberst Reinhard ist in erster Linie Soldat. Politiker und Diplomat ist er naturgemäß nicht. Seine Worte haben einen anderen Klang, als das bei anderen Leuten der Fall ist. So hat er sich über gewisse Zustände in der Regierung in etwas despektierlichen Worten ausgesprochen. Darüber ist nun ein großes Geschrei bei den Unabhängigen entstanden, das so lange und so intensiv fortgetrieben wird, bis richtig auch der „Vorwärts“ darauf hereinfällt aus purer Angst, von den Unabhängigen sich ja nicht in der Belästigung der Gegenrevolution übertrimmen zu lassen. Aber wie inkonsequent sind doch alle diese Menschen! Da geben sie politische Redefreiheit für alle, also doch auch wohl für den Soldaten, und dann will man eine „Gefahr für die Republik“ darin erblicken, wenn sich ein Offizier, mit glatten politischen Sprachgebrauch nicht vertraut, einmal in seiner Not über die Dinge äußert.

So gab es also einen gewaltigen Sturm um Roske, und es ist auf das Neugierigste bemerkenswert, daß in dieser Sache einer der intimsten Freunde Roskes und ebendam maßgebendsten Männer der Revolution, Scheidemann, in das Feuer blies. So kam es zu der Forderung, daß sich Roske vor den Funktionären der Groß-Berliner sozialdemokratischen Partei verantworten und rechtfertigen. Das tat nun auch Roske am letzten Sonntag in einer Weise, die ihm ein einstimmiges Vertrauensvotum einbrachte.

Was Roske in dieser Versammlung über seine Arbeit seit Ausbruch der Revolution, über die Zustände der Revolution und über die Stellung der Offiziere sagte, geht weit über den Rahmen einer engeren Versammlung hinaus und verdient in weiteren Kreisen im Lande bekannt zu werden. Er trat die Arebschäden unserer Zeit mit derben, aber sicheren Worten. Wenn er sprach, „daß für Hunderte und Tausende die Revolution nur eine Gelegenheit zum Stehlen wäre“, so sagte er uns allen, die wir diese Dinge miterlebt haben, gewiß nichts Neues, den streifen um die Revolutionen etwas sehr Heimliches, aber Wahres! Roske fuhr fort: „Das macht die anständigen Menschen (sich selbst) und sagt sie wieder dem alten Regime zu (lebhafter Zustimmung). Leute, die nie den Mund aufgemacht haben, so lange der Schützengraben ihnen drohte, haben nach der Revolution in den Fabriken an Terrorismus, Niederträchtigkeit und Vergewaltigung anderer Meinungen die schlimmsten Sünden anderer Machthaber tausendfach übertroffen. (Lebhafter Beifall.) Sollen wir von diesen Fraktionären und Großmännern Deutschland zugrunde richten lassen? (Sehr gut!)“

Hier traf Roske in der Tat das Grundübel der jetzigen Zeit. Er wurde aber noch deutlicher, als er fortfuhr: „Die Betriebsräte haben nur dann einen Zweck, wenn nicht jedes zwanzigjährige Großmännlein glaubt, in einem Millionenbetrieb herumregieren zu können, sondern wenn die erfahrensten, reifsten und klügsten Arbeiter Arbeiterärzte werden. Wir können doch nicht Zahlungsdelikt treiben. (Sehr wahr!)“

Von ganz besonderem Interesse waren die Ausführungen, die Roske in militärischer Hinsicht machte. Er kam auf seine Tätigkeit in Kiel zu sprechen und bemerkte dabei, daß er der erste Soldatenrat von Deutschland gewesen sei. Es drohte in Kiel alles drunter und drüber zu gehen und eine Welle des Verderbens über das Land sich zu erheben.

„Da habe ich mir — so sagte Roske — die alten Offiziere und Beamten verprügelt und bespuckt, wie sie waren, einzeln wieder herangeholt und mit ihnen das

Schlimmste verhältet. Und ebenso war es hier in Berlin. Es war der Träger eines der bekanntesten Deutschen Namen, der mir unter tausendfacher Lebensgefahr die Gewehre und die Munition für meine ersten Freiwilligen aus den Kasernen zusammengetrieben hat. (Zuruf: Wer?) Wenn Sie es wissen wollen: ein Graf Vismarck. (Bewegung.) Wenn sie ihn erwischt hätten, hätten sie ihn totgeschlagen, und ich sollte jetzt vergessen, was diese Offiziere mir für die Rettung des Landes geleistet haben? Die Partei darf mir die Leute nicht verpressen, auf die ich in Kiel und in Berlin nicht verzichten konnte und auf die ich heute nicht verzichten kann. Die Reichswehr ist eine dauernde Gefahr wie jede Söldnertruppe, wenn sie nicht, straffte, eisernte Manneszucht hält.“

Roske erklärte dann, daß er jedem, der sein Amt haben wolle, es mit Aufstand überlasse; er betonte dann, daß alle „reaktionären“ Offiziere herausgeworfen und bis jetzt 200 Generale verabschiedet seien. Sehr bezeichnend ist sein Bekenntnis:

„Wenn ich nicht ein so unverbesserlicher Optimist wäre — nach den Erfahrungen, die ich gemacht habe, spuckte ich auf die ganze Menschheit. (Bewegung.) Es pircht sich jetzt an uns alles mögliche heran. (Zurufe: Halbheiden, Revolutionsgewinner!)“

Was dann Roske über die Zukunft des Offizierkorps ausführte, wirkt angesichts des herrlichen Klanges unserer einseitigen Armeegeradezu erschütternd. Er sagte:

„Im Offizierkorps bleiben in erster Reihe die Leute, die im Januar für uns gekämpft haben. Sodann die armen Frontoffiziere, die sich im Kriege ausgezeichnet haben. Die reicheren Offiziere kann ich eher entlassen. Wir werden am 1. Januar 1920 ein bettelarmes Offizierkorps haben, das mit seiner Existenz an die Sicherheit des Landes und an die Festigkeit der Regierung gebunden ist. (Beifall und Bewegung.)“

Roske stellt dann die Gefahr einer „Gegenrevolution“ von dieser Seite in Abrede. „Natürlich seien die Leute von den jetzigen Verhältnissen nicht entzückt.“ „Zogt lieber dafür,“ so ruft Roske seinen Genossen zu, „daß die anständigen Leute nicht einen Ekel vor der Revolution bekommen und sagen, wenn das Sozialismus ist, ist uns eine anständige bürgerliche Regierung lieber. (Zuruf: Das hört man alle Tage!)“

Und was sollen wir anderen aus diesen Ausführungen Roskes erleben? Daß ohne straffe Manneszucht, ohne die vielgeschmähte Disziplin keine Regierung regieren kann. Bei dem Charakter einer Revolution, die nach Roskes eigenem und durchaus zutreffenden Zeugnis einerseits als eine „Stehfreiheit“, andererseits als eine Lohnbewegung sich entwickelte, liegt die Gefahr vor, daß sich alle Bande der Ordnung und Sicherheit lösen. Wer sich in solchem Strudel am Ruder halten will, muß fest zugreifen. Er muß, wie Roske wiederum zutreffend ausführte, „den Mut zur Härte“ haben, und, abernas nach Roskes Anschauung, „lieber ein paar tausend Köpfe opfern als ein 60-Millionen-Volk.“

Die sozialdemokratischen Genossen, die diese Kernsagen Roskes mit anderten, beklundeten ihnen eine überaus lebhaft Zustimmung. Sie haben damit also zugegeben, daß es ohne die Anwendung von staatlichen Macht- und Gewaltmitteln gar nicht geht. Und wenn wir uns die Dinge seit dem 9. November wieder vor Augen führen, dann werden wir uns sagen müssen, daß bei keinem noch so „reaktionären“ früheren Regime so viel Blut gestossen ist und mit solcher Anwendung der schärfsten staatlichen Gewaltmaßnahmen vorgegangen worden ist, als das jetzt im Zeichen der Republik, im Zeichen der „Freiheit“ geschieht und als das, wie auch wir rückhaltlos zugeben, im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig ist.

Roske ist die Verkörperung der sozialdemokratischen Entschlossenheit zur Aufrechterhaltung ihrer Macht zu allem, also auch zu Gewaltmitteln. Daß es aber gerade ein Sozialdemokrat, und noch dazu einer ist, der nie Soldat und immer ein scharfer Kämpfer gegen den „Militarismus“ war, daß dieser selbst Roske, obwohl niemals Soldat, eine Macht in sich vereinigt, wie nie zuvor irgend ein General, und daß er von dieser Macht Gebrauch macht und notgedrungenweise Gebrauch machen muß, wie nie zuvor ein militärischer Befehlshaber, das ist — das Tragische an der Geschichte.

Wieder in Berlin!

Von unserem parlamentarischen Vertreter

Nach fast einjähriger Pause — wald eine qualvoll lange Zeitpaune, noch dazu in Erinnerung an all das in ihr Gelebte! — tagt nun zum ersten Male wieder ein reguläres Parlament im majestätischen Reichstagsgebäude zu Berlin. Man möge es dem Verfasser dieser Zeilen erlauben, an die

Gefühle zu erinnern, die ihn an jenem unglückigen 9. November 1918 beim Verlassen des Reichstagsgebäudes erbeben machten. Man wird es ihm dann um so mehr glauben, wenn er erklärt, daß auch das jetzige Wiederbetreten des altvertrauten Räume nicht nur freudige Gefühle auslöst!

Wie könnte es auch anders sein! Was alles liegt hinter uns! Verjunken ist Glanz und Größe des einstigen mächtvollen Deutschen Reiches! Dahin ist für lange Zeit Deutschlands Weltgeltung, weil ihr das Rückgrat: ein stolzes Heer und eine starke Flotte, fehlt. Der Glanz unserer Friedenskongresse drückte sich naturgemäß auch dem Leben und Treiben im Parlamentshause an! Das ist jetzt ganz anders geworden. Eine läche Niedertracht, die geradezu wie ein eisiger Luftdruck ansetzt, umfaßt die in liebgeordneten einseitigen parlamentarischen und politischen Trimmungen befangenen Besucher des Reichstages am Reichstagsplatz. Ist es nur die nebeldurchschattete Herbstluft, die draußem uns unwillkürlich, Wärme heischend, erdrossen läßt? Oder ist es nicht auch etwas von dem empigen Luftdruck der „neuen Zeit“, der uns den ganzen Wandel der Dinge nach außen wie nach innen empfinden läßt?

Hierzu: es ist vieles anders geworden! Zwar blüht das Auge noch auf die ehrwürdigen Denkmäler einer großen Zeit, auf Bildhauern und Statuen einer Epoche, die hinter uns weit hinter uns zu liegen scheint. Auch das revolutionäre Regime hat vor diesen Zeugen einer solchen Zeit Soll gemacht. Aber die ganze Umwelt der Reichstagsgebäude aufkommen. Die Behaglichkeit ist verloren. Die Revolutionskollaterals hat diesem Bau und seiner Einrichtung übermäßig viel. Die Blüdebezüge sind zu kostbar für den wehlichen Anhang der sozialistischen Gewalthaber der ersten Revolutionswoche verwendet worden, und die Lederbezüge der Stühle, über auch die funktvollen Stuhlleisten, aus Sandbänken und verbleienden eine provisorische Verwendung. Die Teppiche sind auch nicht besser geworden, ganz abgesehen davon, daß auch sie, und zwar stückweise, Liebhaber fanden. Man kann jetzt noch den Schnitt der Messer verfolgen, welche die Regierung aus großer launischer Leppide verbraten. Die Wandelhalle, der ewigliche politische Salon, der über der Zimmertür, haben im wesentlichen ihr Ansehen behalten. Aber der Inhalt, der sich in ihren Rahmen wälzen soll, ist ein ganz anderer geworden.

Nun also tagt die deutsche Volksoberversammlung wieder in Berlin. Man stolze feierlich diese unklare Stadt. Das strotzende der Maschinenwelt in der Straßen, das Donnern der Geschütze auf den Plätzen, der Sturm gegen öffentliche und private Gebäude und die widerwärtigen Zankkämpfe waren sinnerbar keine Anstöße in welcher sich eine friedliche parlamentarische Wiederanbahnung hätte vollziehen können. Weimar ließ hierfür sein Tal. Dort ist das Fundament geschaffen, auf das man sich hier, in der Berliner Arbeit stiften zu können glaubt. Ob die Berliner Zeit dem ruhigen und geordneten Fortgang der parlamentarischen und politischen Arbeiten zuträglich ist, werden wir in bald aus nächster Nähe zu prüfen in der Lage sein.

Und so würden wir der deutschen Nationalversammlung ein gedeihliches Wirken zum Wohle von Reich und Volk!

Die Valutainterpellation in der Nationalversammlung

Berlin, 1. Oktober.

Am Ministertisch Dr. Pell. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Fortsetzung der ersten Beratung des Turmstaatsbeschlusses. Abg. Dr. Graf zu Tonna (D. Vp.): Der gegenwärtige Zustand ist unhaltbar. Die Geschickten sind in der höchsten Notlage. Wir schlagen den Verfassungskonferenz zur Behandlung der Vorlage vor. Abg. Cohn (Unabh.): Ich halte es für richtig, wenn man das Reich fortbestehen läßt, es aber ernstlich, die Wahrung anstrebt. Dann Vorlage zur Einlesung der Reichsversammlung. Der Gesandtschaft wird ein Brief von 21 Millionen überreicht.

So folgt die Beratung der Interpellation Dr. Reitzen (D. Vp.), betr. die deutsche Valuta, Abg. Dr. Hugo (D. Vp.) begründet die Interpellation. Den letzten Stoß habe unsere Valuta durch die Verlust des Reichsfinanzministeriums erlitten, der von der Währungsreform des Staatsbankrotts her, mit der Abkämpfung der Noten drohte usw. Wie ist es möglich, daß der Minister noch am Platze ist. (Rufe im Zentrum.) Der Wille zur Arbeit wächst. Die Regierung muß mit äußerster Eile für Ruhe und Ordnung sorgen, damit das Ausland zu uns Vertrauen gewinnt.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Der Redner hat kein einziges neues Mittel genannt. Die Regierung war nicht untätig und hat auch schon bessernd gewirkt. Die Vorwürfe des Redners sind unbegründet. Eine Notenabstemmung war nie beabsichtigt, nur ein Notenumtausch zur Verhinderung der Kapitalflucht. Es ist unerhört, zu behaupten, daß diese Pläne einen Kurssturz von 35 Prozent verursacht hätten. Der Sinn der Hugoschen Rede war: Erzberger muß weg, dann wird die Valuta besser. (Sehr richtig! rechts.) Das Ausland hat angeblich kein Vertrauen zu mir. (Sehr richtig! rechts.) Dem gegenüber kann ich die erfreuliche Mitteilung machen, daß gestern mein Vertreter in Holland einer großen Valutakredit abgeschlossen hat und daß weitere Abschlüsse in der Schwebe sind. (Hört! Hört! links u. i. Zentr.) Der Redner hat nur leere Worte gebrochen. Ich kann mit Tatsachen aufwarten. Das Ausland weiß, daß der Wiederaufbau nur langsam erfolgen kann, daher wird sich auch die Valuta nur langsam bessern. Wir haben das Vertrauen zum Volke, daß es wieder an die Arbeit gehen wird. Mit Zwangsarbeit ist das aber nicht zu erreichen. Ueber die Heranziehung der Wucherer zur Zwangsarbeit läßt sich reden. Die Zwangsarbeit wird kommen, aber anders, als man denkt. Zur Mühseligkeit ist im neuen Deutschen Reich kein Platz. Alle werden arbeiten müssen. Wenn das Reichsnotopfer rasch verabschiedet wird, dann wird sich auch die Valuta heben. Die Arbeitslosenunterstützung wird abgebaut werden, aber jetzt vor einem harten Winter ist ihre gänzliche Beseitigung unmöglich. Eine Vorlage auf Einführung der Arbeitslosenversicherung geht der Rationalisierung zu. Die Hffordarbeit wird im steigenden Maße eingeführt. Wir können nur mit Waren bezahlen oder langfristige Kredite nehmen. Das deutsche Volk vertritt für drei Millionen Mark Kaffee täglich. Einen solchen Luxus können wir uns jetzt nicht mehr leisten. Vor der Ratifizierung ist es unmöglich, größere Anleihen im Auslande zu erhalten. Der einzige Anleihegeber sind jetzt die Vereinigten Staaten, vor deren Tür aber auch jetzt die früheren Verbündeten Amerikas warten. Die Valutafolge ist international. Sie kann nur durch internationale Abkommen gelöst werden. Die einleitenden Schritte haben wir bereits getan. Leider verkauft die deutsche Industrie nach dem Auslande viel zu billig. Wir geben unsere Ware auf dem Weltmarkt viel zu billig ab. Wir müssen teurer werden. Gegen die Kapitalflucht wird mit aller Schärfe des Gesetzes vorgegangen. Erfreulicherweise nimmt jetzt die Arbeitsfreudigkeit zu auch in den Bergwerken. Für bessere Lebensmittelpreise wird gefordert werden. Damit hebt sich die Arbeitskraft. Der Verkehr soll zugunsten der Kohlentransporte verbessert werden, eventuell durch Einstellung des Personenverkehrs. Die Regierung tut alles, um die Valutafolge befriedigend zu lösen.

Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.) wendet sich gegen das Verlangen des Dr. Hugo nach weiterer Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Abg. Gothein (Dem.): Eine dauernde Besserung der Valuta ist so lange nicht möglich, solange die Preise auf dem inneren deutschen Markt nicht dem Weltmarktpreise gleichgestellt sind. Wenn wir nicht mit der Zwangswirtschaft brechen, wird es einen Nietenfrach geben.

Reichsfinanzminister Erzberger: Solange die Entente uns nicht zu Herren unserer Westgrenze macht, solange ist eine Besserung des Wirtschaftslebens nicht möglich. Die Verhältnisse sind unhaltbar geworden. Eine sofortige Annäherung der inneren deutschen Preise an die Weltmarktpreise ist nicht möglich. Das würde eine vier- bis fünffache Wertenerkung bedeuten.

Reichswirtschaftsminister Schmidt:

Die Ursachen der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse liegen vor allem in dem Mangel an einem Warenverkehr und an der großen Verschuldung. Wir werden aber allmählich zu einer Besserung kommen. Auch Handel und Industrie sind der Ansicht, daß wie nur durch Selbsthilfe wieder aufwärts kommen. Auch England und Amerika haben ein Interesse an einem internationalen Ausgleich unserer Handelsverhältnisse.

Abg. Volz (Zentr.): Wäre Herr Erzberger schuld an den mißlichen Zuständen, dann wären wir die Letzten, die ihn halten würden. Die Ursachen liegen aber ganz wo anders. Es muß alles getan werden, um die Arbeitsfreudigkeit im Volke zu heben.

Wiedereintritt der Demokraten in die Reichsregierung

Berlin, 2. Oktober. Die Verhandlungen über die Umbildung des Kabinetts haben gestern sowohl in der Sache wie bezüglich der Resorfs zu einer vollen Verständigung geführt. Die Demokraten übernehmen das Ministerium der Justiz, dessen Leiter gleichzeitig mit der Vertretung des Reichskanzlers betraut werden wird, das Ministerium des Innern, sowie das Ministerium zur Durchführung der wirtschaftlichen Friedensbedingungen, insbesondere des Wiederaufbaues Nordfrankreichs und Belgiens. Diesem Ministerium werden zugleich die wichtigen Aufgaben der Entschädigung der Auslandsdeutschen, der Entschädigung der Kolonialdeutschen, der Abwicklung der Vorkriegsschulden, und der Zwangsliquidationen, sowie der Entschädigung für unsere Handelsflotte zugewiesen. Die endgültige Bezeichnung und Geschäftsbegrenzung für dieses Ministerium bleibt vorbehalten. Auf Grund dieser Verständigung wird der Reichskanzler im Auftrage des Reichspräsidenten die in der Verfassung vorgeschriebenen Verhandlungen führen, die, wie angenommen werden darf, noch im Laufe des heutigen Tages zum Abschluß gelangen werden. Minister David wird dem Kabinett als

Minister ohne Portefeuille angehören. Der interfraktionelle Ausschuß tritt wie früher unter dem Vorsitz des Herrn v. Payer wieder in Tätigkeit.

Berlin, 2. Oktober. Zur Umbildung des Kabinetts war gestern abend berichtet worden, daß den Demokraten gegenüber insbesondere in der Frage des Betriebsrätegesetzes ein Entgegenkommen bewiesen worden sei. Von einem solchen Kompromiß kann, wie von beteiligter Seite mitgeteilt wird, keine Rede sein. Es steht fest, daß die Sozialdemokraten von vornherein den vorliegenden Entwurf des Betriebsrätegesetzes als ein unantastbares Minimum erklärt haben, eine Erklärung, die von den Demokraten auch als selbstverständlich entgegengenommen worden ist. — Das neue Ministerium, dem auch der Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens zufallen wird, hat, wie die „Post“ 3tg. hervorhebt, schon dadurch eine politische, wie in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Beziehung allergrößte Bedeutung. Es muß sich, heißt es weiter, für dieses Ministerium eine Persönlichkeit finden, die die in Frage stehenden Aufgaben im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der gesamten deutschen Wirtschaft zu lösen vermag. Deshalb könne nur ein Mann aus der Industrie in Betracht kommen mit hervorragenden organisatorischen Fähigkeiten.

Im „Vorwärts“ wird zur Rückkehr der Demokraten in die Regierung gesagt, sie schaffe wieder die beste parlamentarische Grundlage, wie sie unter der Ministerpräsidenten Schömann vorhanden war. Im Auslande dürfte der Vorgang als ein Akt der Konsolidierung anzusehen werden, und den politischen wie wirtschaftlichen Kredit der deutschen Regierung steigern.

Drohender Generalstreik

Berlin, 1. Oktober. (Antif.) Zu Donnerstag den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr, sind vom deutschen Metallarbeiterverbande 30 Versammlungen anberaumt, zu denen die gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiter Großberlins eingeladen worden sind. Die Teilnahme an diesen Versammlungen würde in dem geplanten Umfange den Generalstreik bedeuten. Eine solche Absicht hätte denn auch, wie aus der Tonart des Werbeartikels der „Freiheit“ für diese Versammlung unüberwiderbringlich zu ersehen ist, zum mindesten bei den unabhängigen und kommunistischen Mitveranstaltern der Versammlungen eine Rolle. Es liegt überdies nahe, die 30 kommunistischen Versammlungen, die am Dienstag abend unangekündigt stattfinden sollten, mit den vom Metallarbeiterverbande einberufenen in Verbindung zu bringen, zumal festzustellen ist, daß sehr starke Kräfte am Werke sind, um die Lohnbewegung der Metallarbeiter in das politische Fahrwasser zu steuern. Ein politischer Generalstreik aber, der zugleich von der kommunistischen Partei (Spartakusbund) zur Vorbereitung ihrer gewalttätigen Umsturzpläne ausgenutzt werden würde, brächte mit der Gefahr neuer Bürgerkriege und der Störung der Lebensmittelförderung der Städte dem deutschen Wirtschaftsleben und damit der gesamten Bevölkerung die tiefstgehenden Schädigungen und jöge unabsehbare Folgen nach sich. Vor einem Mißbrauch der gewerkschaftlichen Freiheit muß daher dringend gewarnt und an das Verantwortlichkeitsgefühl der beteiligten Arbeiterkreise appelliert werden. Daß jeder gewalttätige Übergriff und jede öffentliche Ruhestörung im Interesse der friedlichen Wehrheit des Volkes mit allem Nachdruck verhindert werden muß, wird von allen einsichtsvollen Elementen in den Arbeiterkreisen voll auf verstanden werden.

Der Seemannsstreik

Hamburg, 1. Oktober. Der Streik der Fischdampferbesatzungen scheint an seinem Wendepunkt angekommen zu sein. Am Hamburger und Altonaer Fischmarkt stehen große Scharen Arbeitswilliger, die auf den Beschluß warten, der in einer heute stattfindenden Versammlung des Seemannshundes gefaßt wird. Die Vereinigten Fischdampferreedere erklärten in einer am Dienstag abgehaltenen Versammlung, nur noch mit den im Transportarbeiterverbande organisierten Seeleuten verhandeln zu wollen. Die Altonaer Fischmarkthalle ist heute morgen mit einer aus 50 Mann bestehenden Abteilung Reichswehrruppen besetzt worden, welche die Feuerstellungen und auch den Hamburger Fischmarkt in Schutz nehmen sollen.

Aus dem Reichsrat

Berlin, 1. Oktober. In der heutigen öffentlichen Sitzung des Reichsrates gab der Vertreter Preußens, Geheimrat Robis, eine Erklärung der preussischen Regierung zur Steinerung der Beunruhigung ab, die in manchen Teilen des Reiches infolge der mit der Verreichlichung verbundenen Verlegung mancher Verwaltungszweige nach Berlin entstanden sei. Berlin werde dabei ohne weiteres mit Preußen identifiziert. Das sei der preussischen Regierung unangenehm. Preußen müsse die gleichen Opfer bringen wie die anderen Staaten. Wenn die Reichsregierung gezwungen sei, ihre Verwaltungszweige nach ihrem Sitz in der Reichshauptstadt zu verlegen, so vertrete die preussische Regierung mit größtem Nachdruck die Auffassung, daß namentlich den süddeutschen Staaten bei Verlegung von Einrichtungen infolge der Verreichlichung nach Berlin ein Ersatz geschaffen werden müsse. Reichsverkehrsminister Dr. Bell stellte fest, daß die von dem Vertreter Preußens vorgebrachte Erklärung sich mit der Auffassung der Reichsregierung völlig decke. Der Reichsrat behandelte schließlich noch den Ergänzungshaushalt für das Reichskolonialministerium.

Die Eröffnung der obereschlesischen Ausstellung in Breslau

Breslau, 1. Oktober. Heute wurde hier die Ausstellung „Arbeit und Kultur in Oberschlesien“ in Gegenwart des Reichskanzlers Bauer, sowie von Vertretern der preussischen Regierung, der Provinzialbehörden

und Wirtschaftskörper eröffnet. Reichspräsident Ebert hatte drohlich und Ministerpräsident Hirth in einem Schreiben das lebhafteste Interesse für die Ausstellung ausgedrückt. Nachdem zunächst Oberpräsident Philipp die Gäste im Namen des Zentralrats herzlich willkommen geheißen und die Anwesenden aufgefordert hatte, ihre Kraft einzusetzen nicht nur für eifrigsten Besuch der Ausstellung, sondern auch dafür, daß Obereschlesien bei Deutschland bleibe, ergriff Reichskanzler Bauer das Wort zu einer längeren Rede, in der er u. a. sagte, in diesen Monaten, wo die Zugehörigkeit Oberschlesiens zum Verbände des deutschen Vaterlandes durch die Bedingungen eines harten Friedens in die Schwebe gestellt ist, gehen die Gedanken aus allen Teilen Deutschlands tausendfach in diese Ecke der Heimat. Wir sehen an Oberschlesien in einem leuchtenden Beispiel, was die zusammengefaßte menschliche Arbeit auf einem Boden hervorbringen kann, der nur gibt, wenn er bezwungen wird, und was sie aus diesem Boden hervorbringt hat. Die Ausstellung wird wieder einmal deutlich zeigen, daß obereschlesische Arbeit und Kultur deutsch gerichtet war und sind. Wer das Land und seine Geschichte kennt, weiß das längst. Die Oder fließt durch Deutschland zum Meer, und die Oder hinauf und herab ist seit Urzeiten Handel und Verkehr gegangen. Sobald die Abstinenz unsere Sache ist, wollen wir sie mit gerechten Mitteln vollziehen. Weder Gewalt noch Verleumdung sollen unsere Waffe sein; dem Angriff unserer Gegner wollen wir ohne Haß begegnen. In Oberschlesien sollen auch die Angehörigen fremder Völkstämme unbehelligt leben und ihre idealen Güter fördern und pflegen. Die neue freie deutsche Verfassung bietet dafür die Gewähr und die freie Entscheidung, die jetzt die preussische Landesversammlung zugunsten einer großen Selbständigkeit Oberschlesiens gefaßt hat, ist ein schönes Band der neuen Zeit. Der Reichskanzler schloß mit den Worten: Wir Deutsche im Ost und West, im Nord und Süd werden jedenfalls unter Oberschlesien nicht vergessen. Oberschlesien soll auch das ganze Deutsche Reich zählen dürfen in der Stunde der Gefahr und der Entscheidung und in den hoffentlich eintreten Zeiten der künftigen Zusammenschließung.

Die Auflösung der einzelstaatlichen Gesandtschaften

Berlin, 1. Oktober. Laut einem am 27. September in München abgeschlossenen Vertrage zwischen der bayerischen Regierung und dem Auswärtigen Amt übernimmt das Reich den gesamten diplomatischen Apparat Bayerns, wodurch die bayerischen Gesandtschaften im Auslande eingehen. Die Münchner Runtstatur bleibt, bis der Ratifikum zur prinzipiell beschlossenen Aufhebung Stellung genommen. Bayerns Vorgang sollen die anderen Bundesstaaten folgen zur Vereinfachung auswärtiger Reichspolitik in Berlin.

Deutsch-polnischer Staatsvertrag

Berlin, 2. Oktober. Im Auswärtigen Amt ist, wie das B. Z. erzählt, um 11 Uhr nachts der erste Staatsvertrag zwischen Deutschland und Polen unterzeichnet worden. In den einleitenden Worten des Vertrags wird erklärt, daß die beiden Staaten gewillt sind, sich in der Ordnung der gegenwärtigen Verhältnisse entgegenzukommen, zu welchem Zwecke zunächst das Abkommen über die Amnestie für politische Verbrechen und Vergehen sowie über die Freilassung der Kriegsgefangenen geschlossen wird. Der Amnestie werden auf beiden Seiten alle jene Personen teilhaftig, die aus politischen oder persönlichen Gründen Verbrechen oder Vergehen begangen haben und ihrerwegen verurteilt worden sind. Eingeleitete Verfolgungen derartiger Verbrechen oder Vergehen werden eingestellt. Verfolgungen für bisher begangene Delikte dieser Art dürfen nicht aufgenommen werden. Die in Schutzhaft befindlichen Personen werden freigelassen. Beide Staaten geben die Kriegsgefangenen, die sich in ihrer Gewalt befinden, heraus. Der Vertrag tritt mit dem Augenblick seiner Ratifizierung in Kraft. Von polnischer Seite haben den Vertrag der Bismarckminister des Ministerpräsidenten Dr. Skłowski sowie die Bevollmächtigten Diamant und Koszant, von deutscher Seite der Gesandte Haniel, Geheimrat Simon und der Referent für die polnischen Angelegenheiten Graf Verckenfeld unterzeichnet. Zu der Sitzung, in der die Unterzeichnung stattfand, waren die Vertreter Englands und Frankreichs zugezogen worden. Dieses Abkommen ist der erste freie Staatsvertrag, den die Republik Deutschland, aber auch die Republik Polen abgeschlossen haben.

Die Klärung Kurlands

Berlin, 1. Oktober. Die Antwort der Reichsregierung auf die neue Drohnote der Entente wird noch in dieser Woche nach Versailles abgehen. Die Reichsregierung hat mit dem deutschen Stabe in Kurland unverzüglich drahtlose Verhandlungen aufgenommen, in welcher kürzester Zeit dem Verlangen der Alliierten entsprochen werden kann.

Berlin, 1. Oktober. Die Reichsregierung hat die Absicht, den Friedensauschluß der Nationalversammlung über die Note der Entente in den nächsten Tagen zusammentreten zu lassen. Nach zuverlässigen Nachrichten von der Ostgrenze sind leider keine Anzeichen vorhanden, daß die Truppen im Baltikum einem neuen Befehl der Reichsregierung ohne weiteres folgen werden.

Rotterdam, 1. Oktober. „Times“, „Daily Mail“ und „Daily Express“ melden aus Paris: Der Rat der Alliierten hat auf Vorschlag Sodas die Zwangsmahnahmen gegen Deutschland, falls Deutschland das Baltikum nicht räumt, auf den 20. Oktober festgesetzt. Auch die militärischen Maßnahmen gegen Deutschland würden am 20. Oktober beginnen. Die vollständige Blockade gegen Deutschland trete am 1. November wieder in Kraft.

Kämpfe in Rußland

Amsterdam, 1. Oktober. Eine Pariser Meldung be-
tragt, in Konstantinopel sei die Nachricht aus Taganrog ein-
getroffen, daß General Mamantow Woroneisch ein-
genommen, 80 000 rote Soldaten außer Gefecht gesetzt
und zahlreiche Gefangene sowie große Beute gemacht habe.

Der Eisenbahnstreik in England

Rotterdam, 30. September. Nach Londoner Meldungen
wurde der Generalmajor Sir Philip Nash zum General-
direktor des Transportwesens ernannt und mit der Organi-
sation des Transportwesens in ganz England betraut zum
Zweck der Lebensmittelversorgung.

Die italienische Antwort

Genf, 1. Oktober. Pariser Blätter melden: Die ita-
lienische Antwort auf die Forderungen der Alliierten
nach Räumung Roms durch Gabriele D'Annunzio ist in
Paris eingegangen. Sie lehnt die Forderung der Alliierten
ab, erklärt aber ihre Unmöglichkeit, das Verlangen der
Alliierten gegen den übereinstimmenden Willen des
italienischen Volkes durchzuführen.

Sächsischer Katholikentag

Verammlung des Kath. Lehrverbandes in Sachsen

Der Erste Sächsische Katholikentag gab der katholischen
Lehrerschaft des Landes eine erwünschte Gelegenheit, zu-
sammenzukommen, um brennende Fragen der Gegenwart
beraten zu können. Der Einladung des geschäftsführenden
Ausschusses war zahlreich Folge geleistet worden, besonders
von auswärtigen Verbandsgliedern, so daß die An-
wesenheitsliste bald eine so stattliche Zahl von Namen auf-
weist, wie manche geschlossene Mitgliederversammlung un-
serer Verbandstage. Für gar manchen Teilnehmer gab es
ein Wiedersehen mit alten Freunden nach langer, schwerer
Trennung. Die arbeitsreiche Versammlung fand Montag
den 29. September, von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr im
katholischen Gefellenshaus zu Dresden statt und galt es eine
erweiterte Vorstandssitzung, zu der jeder Bezirksverein einen
Stimmberechtigten Vertreter entsandt hatte.

Zunächst wurde über den Ansehluß des Verban-
des an den Kath. Lehrerverband des Deut-
schen Reiches berichtet und die nach den Beschlüssen der
Hildesheimer Tagung für uns erwachsenden Verpflichtun-
gen zur Kenntnis genommen. Die einzelnen Bezirksvereine
haben unseren Ansehluß freudig begrüßt bis auf zwei, in
denen die Stimmung darüber noch geteilt ist. Einen breiten
Raum der Verhandlungen nahm die Junglehrer-
frage ein, die von allen Bezirksvereinen dauernd das
größte Interesse entgegengebracht werden wird. Die Jung-
lehrer genießen, so lange sie nur auf Kündigung angestellt
sind, Steuerfreiheit. Alle Anliegen und Anfragen in Jung-
lehrerangelegenheiten sollen an Herrn Professor Heidrich,
Baumgarten, geleitet werden. Von verschiedenen Seiten
wurde in eindringlichen Worten gemahnt, daß der Verbandsgedanke
neu belebt und ausführlich klar gelegt werden soll, was
unser Verband in wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und
ideeller Hinsicht bietet. Deshalb erscholl auch der leb-
hafteste Ruf nach einem Verbandstage, der spä-
testens Ostern 1920 stattfinden soll.

Alsdann wurde über unsere Kriegsfürsorge und
die vom Vorstande derselben gemachten Vorschläge verhan-
delt. Die letzteren wurden angenommen. Ein Vertretertag,
der von den Anweisenden für die alternächste Zeit gewünscht
wurde, wird sich endgültig mit diesen Vorschlägen zu beschä-
ftigen haben und durch bindende Beschlüsse die Mitglieder
verpflichten. Jetzt gelten bis 1. Januar 1920 noch die alten
Sätze. Alle Bezirksvereine möchten doch bereitwilligst den
übernommenen Verpflichtungen nachkommen, damit unser
Verband in der Lage bleibe, gerade in der jetzigen, wirtschaft-
lich so schweren Zeit den Witwen und Waisen unserer ge-
fallenen Verbandsglieder helfend zur Seite stehen zu
können.

Der Vorsitzende gab dann einen ausführlichen Bericht
über unseren Lebensüberlauf. Die Ausichten für die Zu-
kunft sind trübe. Eine Neuaufgabe des siebenten und achten
Schuljahres wurde vom Ministerium nicht genehmigt. Da-
her auch an dieser Stelle an alle Verbandsglieder die
freundliche Bitte, die Kinderfreunde des siebenten und achten
Schuljahres von allen abgehenden Schülern zu sammeln
und sie so für die Aufrückenden wieder nutzbar zu machen.

Als letzter Punkt stand die Lage der katholi-
schen Lehrerschaft und unserer Schulen nach
dem Uebergangsschulgesetz zur Beratung. Mit
größtem Interesse wurden die Berichte der Vertreter über
den Stand der Konfessionsschule in ihren Bezirken zur
Kenntnis genommen. Man hörte, wie die katholische
Lehrerschaft an allen Orten mit Treue und
Eifer für die Konfessionsschule eintritt
und sie verteidigt.

Herr Rechtsanwalt Dr. Sille nahm während der
Tagung Gelegenheit, um im Auftrage des Caritasverbandes
den Anweisenden über das Vormundschaffswesen einen
kurzen Bericht zu geben.

So reichte sich diese arbeitsreiche und anregende Ver-
sammlung würdig allen großen und kleinen Versammlun-
gen an, die im Rahmen des Ersten Sächsischen Katholikentages
veranstaltet wurden.

Caritasverband für Dresden und Umgebung

Die vom Caritasverband für Dresden und Um-
gebung für Sonntag, abends 8 Uhr, eubermene Neben-
versammlung des Katholikentages beschäftigte sich
eingehend mit der Notwendigkeit der Organisation des katho-
lischen Vormundschaffswesens. Das Referat des
Abends hatte Herr Rechtsanwalt Dr. Sille übernommen.
Er führte zunächst aus, wie durch die Trennung von Kirche
und Staat zu besorgen ist, daß in kurzer Zeit alle katho-
lischen Minder andersgläubige Vormünder bekommen
werden. Wenn nach dem Gese nicht mehr nach dem Be-
kenntnis des Staatsangehörigen gefragt werden darf, dann
verliert auf die Bestimmung des BGB ihre Bedeutung, wo-
nach bei der Auswahl des Vormundes auf das religiöse
Bekenntnis des Mündels Rücksicht zu nehmen ist. Wenn
aber die Rücksichtnahme der Behörde, welche von Amts wegen
vorgeschrieben ist, wegfällt, dann muß eine Organisation
der Glaubensgenossen als Ersatz geschaffen werden, welche
1. ermittelt, wo katholische Minder einer Vormundschaff be-
dürfen, 2. des weiteren katholischen ermittelt, die bereit sind,
Vormundschaff zu übernehmen, 3. welche des weiteren den
Vormündern bei der Ausübung der Vormundschaffs, ins-
besondere bei dem Verkehr mit den Behörden beratend und
helfend an die Hand geht, und 4. welche schließlich insbeson-
dere Leute ermittelt, die bereit sind, katholische Mündel von
den Vormündern in Pflege zu nehmen. Diese Aufgaben
hat sich das Sekretariat des Caritasverbandes für Dresden
und Umgebung (Schubert Straße 43) gestellt und der
Caritasverband richtet an alle Glaubensgenossen die her-
liche Bitte, bei dem Aufbau einer ganz Sachsen umfassenden
Organisation mitzubehelfen. Jeder Verein sollte ange-
sichts des furchtbaren Ernstes der Lage sich, auch wenn
caritative Aufgaben bisher nicht zu seinen Aufgaben zählten,
die Ermittlung und Gewinnung katholischer Vormünder,
die Ermittlung katholischer Mündel zur Bilanz machen,
Vertrauensleute hierfür stellen sich mit dem Caritassekretariat
sowie in Verbindung setzen. Trudlstücken zur Durch-
führung der Aufgaben werden vom Sekretariat geliefert
werden. Die Ausführungen des Redners regten eine leb-
hafte Aussprache unter den Ehrenden an und ergaben
allenthalben die Erkenntnis von der dringenden Notwen-
digkeit einer solchen Organisation. Alle Ehrenden nahmen
den Vorschlag mit nach Hause, in ihrem Heimort für die
Einrichtung einer solchen Organisation rübrig zu werden,
und richteten an den Caritasverband die Bitte, insbesondere
durch die Presse für die größte Verbreitung des Planes zu
sorgen und demnächst eine Beratung sämtlicher Wohlthätig-
keitsvereine Sachsens über diese überaus wichtige Frage
herbeizuführen. Als Termin für diese Beratung ist der
19. Oktober vorgegeben, an welchem Tage gleichzeitig Herr
Caritadsdirektor Krey, der Vertreter des Deutschen Ca-
ritasverbandes in Berlin, auf Witten des Dresdner Ver-
bandes im großen Saale der Dresdner Kaufmannschaft eine
caritative Rede halten wird. (Bergl. Anzeige.) Gleichzeitig
soll auch Beschluß gefaßt werden, die „Caritas-Stimmen“
als Sonderorgan für sämtliche sächsischen Wohlthätig-
keitsvereine zum Meinungsaustausch zu gewinnen; der Verlag
ist bereit, den sächsischen Vereinen mehrere Seiten jeder
Nummer für Vereinsmitteilungen unentgeltlich zur
Verfügung zu stellen. Alle Vereine werden gebeten, bis
19. Oktober 1919 mitzutellen, wieviel Abonement der
„Caritas-Stimmen“ in jedem Verein gewonnen sind.
(Preis 1,50 M.)

Nachrichten aus Sachsen

Im Finanzministerium ist die Vorlage über die wei-
tere Bewilligung von 130 Millionen Mark an die
Beamtinnen nunmehr fertiggestellt worden. Sie hat auch
bereits dem Gesamtministerium vorgelegen und wird nun-
mehr der Sächsischen Volkskammer zugehen, die ihre Ar-
beiten bekanntlich am kommenden Montag den 6. Oktober
aufnimmt. Der Kammer werden auch noch einige weitere
Vorlagen übergeben werden, die mit der Neuordnung der
Verhältnisse im Zusammenhang stehen. So wird in erster
Linie ein Zwischenetat aufgestellt werden, der die Zeit
vom 1. Januar bis 31. März 1920 umfaßt. Diese Vorlage
macht sich infolge der Verlegung des Etatjahres nach reu-
fentlichem Muster auf die Zeit vom 1. April bis zum 31. März
notwendig. Das sächsische Etatjahr umfaßt bis jetzt das
Kalenderjahr, das nunmehr in Wegfall kommen soll. Ferner
macht sich noch die Aufstellung einer neuen Abgaben-
ordnung notwendig, durch die das Verhältnis Sachsens
zum Reich in finanzieller Hinsicht geregelt werden soll, weil
bekanntlich das Steuerrecht auf die Reichsverwaltung über-
geht. Gleichzeitig wird mit der neuen Abgabenordnung auch
das Steuerverhältnis zwischen der Staatsverwal-
tung und den Gemeinden vollständig neu geordnet,
nie überhaupt die gesamte Finanzverwaltung Sachsens
einer vollständigen Neuordnung unterzogen werden muß.
Ferner ist im Finanzministerium noch die Vorlage über die
Kuseinandersehung der Staatsverwaltung mit dem
früheren Königshaus fertig-
gestellt worden. Die Verabschiedung dieser Vorlage dürfte
verausichtlich erst erfolgen, wenn die Umbildung der Regie-
rung vollständig durchgeführt worden ist.

Tagung der akademisch gebildeten Lehrer Sachsens.
In Dresden fanden sich am 26. und 27. September die Mit-
glieder des sächsischen Gymnasiallehrer-Real-
gymnasiallehrer- und Realschulmänner-
vereins, sowie des Vereins der Volkshochschullehrer

an den Handels- und höheren Mädchenschulen Sachsens zu
gemeinsamer Beratung zusammen, die zur Gründung
eines einheitlichen Vereins führte. In der Mittagspause
des Sonnabends, in der das Kultusministerium stark ver-
treten war und Minister Buch zur Versammlung sprach,
hielt Regierungsrat Prof. Dr. Böhm einen sehr reichhaltig
ausgearbeiteten Vortrag über Einheitschule und höheres
Unterrichtswesen.

Sementi. Durch die deutsche Presse ging dieser
Tage die Meldung, daß der frühere Reichstagsabgeordnete
und bekannte Kommunist Otto Rühle verhaftet sei. Dem-
gegenüber erzählt unser Dresdner Mitarbeiter, daß diese
Meldung nicht zutrifft. Die Staatsanwaltschaft war zwar
Rühle auf dem Herzen, er ist aber im letzten Augenblick
entwischen.

Leision. Zur Ermordung zweier Reichs-
wehrtäger in Leision, nicht — wie gemeldet wurde —
in Leipzig, wird mitteilt, daß man nach der bisherigen
Untersuchung nicht auf die Anwesenheit dritter Personen
bei der Tat schließen kann. Es wird für möglich gehalten,
daß der eine Poeten sich entfernt hatte und bei seiner Rück-
kehr von dem anderen Poeten, dessen Anruf er schließlich
nicht richtig beantwortete, erschossen wurde, worauf der
Schütze sich selbst erschoss. Es handelt sich um zwei 17-jährige
Jäger.

Pirna, 1. Oktober. Die Leiche des seit Sonntag ver-
missten Hausbesizers Franke aus Poita wurde heute mor-
gen in einem Steinbrüche bei Zeiden aufgefunden. Franke
hat offenbar in der Dunkelheit den Weg verfehlt und ist
bis etwa 40 Meter hohe Felswand abgestürzt.

Aus Dresden

Lebensmittelfortbesorgung für die Stadt Dres-
den siehe „Amtliche Bekanntmachungen“.

Stadtrat Vorat ist am 30. September d. J. nach
nahezu 25-jähriger Tätigkeit in den städtischen Körper-
schaften infolge seines Wegzuges aus Dresden aus dem
Rate ausgeschieden. Oberbürgermeister Müller verabschiedete
den verdienten Mann im Namen des Rates in der letzten
Ratsitzung und gab gleichzeitig bekannt, daß die städtischen
Körperschaften in Anerkennung seiner Wirksamkeit im Dienste
der Stadt Dresden beschließen haben, ihm die kleine Goldene
Ehrendenkmünze der Stadt zu verliehen.

Dienstjubiläum. Gestern vereinten sich die
Angestellten der Sächsischen Landestheater zu einer schlichten
Feier. Der Oberregierobier Herr Richard Müller feierte
sein 25-jähriges Dienstjubiläum. Herr Professor Jantsch
hielt eine kurze Ansprache, worin er des Jubilars ehrenvoll
gedachte und ihm für seine treuen und eifrigen Dienste
danke. Hierauf gab er dem Wünsche Ausdruck, Herrn Müller
noch recht lange im Dienste des Theaters zu sehen. Nach-
dem Herr Professor Jantsch Herrn Müller noch im Namen
der Generaldirektion gedankt hatte und die Angestellten
denselben eine Heberzehrung überreicht hatten, nahm die
Feier ihr Ende.

Das Urinacryl über die Freileinwanderung ist in
letzter Ratsitzung dahin abgeändert worden, daß die Ver-
pflichtung zu Anmietung von Einquartierung entfällt, solange
für einen Haushalt nicht mehr Räume zur Verfügung als
a) bei einer Kopfzahl von 1 Person 3 Räume, b) bei einer
Kopfzahl von 2 Personen 4 Räume, c) bei einer Kopfzahl
von 3 bis 7 Personen 5 Räume und d) für jede weitere
Person ein Raum mehr.

Theater und Konzerte

Dresden, 20. September. Unter den Kunstgenossen
moderner Richtung ist in letzter Zeit eine der bündelstärksten Er-
scheinungen. Sie besteht außer dem körperlichen und mündlichen
Wesentlichen über ein reines musikalisches Werkstück, das sie befähigt,
nicht nur nach der Wahl sondern auch „Wahl zu sangen“. Dem
„Danzon sacro“ und der Kantate „Deusus Schwanen“ und
„Danzon sacro“ hat er eine sehr durchdringende, von unbewachten
Erlebnissen völlig freien Ausdruck. Die Kommit der Bewegungen am
besonders gut in „Halle des Bergkönigs“ (Der Ort) und
Strauß „Geschichte aus dem Wiener Wald“ zur Wirkung und
die Auffassung des Horstzuges von Neger war in musischer und
horizonteller Hinsicht ein Meisterstück. Am Nibel begleitete Johannes
Thom, die mit Brahms und Schumann Sondererfolg hatte. Lok.

Dresden, 30. September. (Konzerte.) In einem etwas
in die Länge geratenen Virtuosenabend hatten sich Erich Kestner
(Wioline) und Margarethe Hüfing (Klavier) vor. Die schon bekannte
Geiglerin spielte vorzügliches, Artur Schnitzler als wirkungsvolle
Einleitung. Die ebenfalls recht gut gelaunte Sächsische Kammer
von H. Strauß ermaßelte aber fast. Nicht minder glühlich wirkten die Ver-
trüge R. Hüfings, die mit Brahms (Sonate für Viol.) und den Prä-
ludien von Chopin ihr Ich war. Die beiden Kammerinstrumenten verdienen
als Bezeichnung. D-r. — In Palmengarten gab das rühmlich bekannte
Dresdner Volkstheater (Donna D. Schulze-Ühlig, W. Rühle
und Herrn M. Böhl und H. Rühle) ein gutbesetztes, erfolgreiches
Konzert. Auch hier war freilich ein Kuvel zu konstatieren. Weniger
würde vom Vorkell gewesen. Trotzdem sei aber gesagt, daß die Aus-
führung der einzelnen Vorträge mit großer Liebe vorbereitet war und
vor allem sehr kernig und recht gelungen wurde. Gaudn und
Fergenberg sowie alle a capella-Gesänge und Brahmsche und Schu-
mannsche Sachen hatten größte Wirkung. Lok. — In einem modernen
Liederabend hatte Max Grafenitz im Logenhaus geladen. Sie
brachte Aufführungen aus dem Manuskript. Hermann Baum konnte
weniger interessieren. Solfistic Volksmüllers „Lunatic Rakt“ und
„Da ich dich wiederseh“, Solfistic Goethelicher (besonders das „Nal-
lieb“), Procsals Wolgentied und „Gut“ und Rich. Strauß „Lieb
der Frauen“ verdienen entfallen die Palma. Auch haben moderner
Geist und tiefes Verfaßen in die Stimmung. Frau Grafenitz ward ihrem
Aufgabe, soweit das die nicht großen Stimmittel erlauben, gerecht. Mit
ihrer Zugbehandlung ist sie nicht immer einverstanden. Dr. E.

Buch, Wissenschaft und Vochsage

Die Vorträge und Übungen im Studienjahre 1919-
1920 der Sächsischen Bergakademie zu Freiberg beginnen
am 11. November 1919. Aufnahmen vom 10. November
1919 ab. Druckschriften versendet das Sekretariat gegen
Nachnahme.

Prof. Martin Spahn hat, wie die „Sächs. Volksztg.“
meldet, die Berufung als Professor für neuere Geschichte an
der Universität Köln angenommen.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden. Kath. Verein erwerbstätiger Frauen und Mädchen. Sonntag, den 5. d. M., abends 1/8 Uhr findet im Heim unsere Generalversammlung statt.

Pfarrer Hain dankte für die Aufopferung des Herrn Dr. Jehne und wünschte ihm für sein weiteres Ergehen guten Erfolg.

katholischen Arbeitervereins. Herr Dr. Jehne, die Ehrenmitgliedschaft vom Arbeiterverein. Einige Lieber zur Laute, gesungen von Herrn Ernst Tafelmeyer.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptschriftleiter Paul Heßlein; für den Anzeigenteil: Peter Schrader.

Alle über 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Katholiken von Freiberg u. Umgegend werden hiermit eingeladen, zu einer Versammlung

Sonntag, 5. Okt. 1919, abends 8 Uhr im Oberhof, 1 Treppe recht zahlreich sich einzufinden. Der katholische Schulvorstand. Tagesordnung: 1. Vortrag über die neue Schulgesetzgebung.

Gebr. Arnhold Bankhaus Waisenhausstr. 20/22 DRESDEN Waisenhausstr. 20/22 Zweiggeschäfte: Hauptstraße 38, Chemnitz Straße 98

Tanz Größtes Dresdner Priv.-Inst. von Tanzl. H. Koenecke u. Töchter Zahnsg. 2, am Altmarkt. Besorg. Tanzl. des Mittelst. Reichst. unübertr. Lehrmeth.

Sonntag, den 19. Oktober 1919, abends 1/8 Uhr spricht im Großen Saal der Dresdner Kaufmannschaft, Ostra-Allee Herr Caritas-Direktor Kreutz aus Berlin über die Wichtigkeit der christlichen Caritaspflege auch für die heutige Zeit.

Velourhüte, Samthüte, Filzhüte noch sehr preiswert, kleidsame Formen. Hutfabrik Pillnitzer Str. 19 nur 19

CARL DREIER WEITENSTR. 38-40 I. ST. Pelze, Kragen u. Stüfen in einfacher gediegener Ausführung von bestem Material sehr preiswert

LEA WEINHOLD Inhaberin Gertrud Greving Haus für feinen Damenputz Viktoriahaus DRESDEN-A. Ringstraße 18 Fernruf 11358.

Dresdener Lehranstalt für Musik Direktor Organist Paul Walde Dresden-Neustadt Melanchthonstraße 25

Tisch für Bürozwicke gesucht. Angebote mit Preis an die Geschäftsstelle der Sächs. Volksztg. Holbeinstraße 46.

Bankbeamter 29 Jahre, in fester Stellung, wünscht Bekanntschaft mit vermög. Dame (wahl., naturl.) nicht über 25 Jahre, zweites Heirat.

Egyptische Zigaretten ohne Mundst., 5-Banderole, 1000 Stk. Nr. 285., 260., 270.

Johannstädter Musikschule Blasfächer Str. 58, I. und Wittenberger Str. 99 str. erteilt Unterricht in allen Zweigen der Musik.

Ämtliche Bekanntmachungen Verteilung von Kartoffeln Die das Gebiet der Stadt Dresden wird folgendes bestimmt: 1. Für die Woche vom 8. bis 11. Oktober 1919 werden die Wochen-Kartoffel-Karten A und B (Nummer 4 der Sammelkarte, 5. bis 11. Oktober 1919) mit je 7 Pfund Kartoffeln beliefert.

b. Abschnitt 22 der roten Nährmittelfarte B mit einem halben Pfund ausländischen Okerflocken. c. Abschnitt 22 der grünen Nährmittelfarte C mit einem halben Pfund ausländischen Okerflocken. d. Abschnitt 21 der blauen Nährmittelfarte D mit einem halben Pfund Leigwaren.

Zweds Abrechnung d. 1. Sächs. Katholiktages wird um Einsendung etwaiger Rechnungen bis zum 6. Oktober spätestens gebeten. J. M. des Ortsauschusses Poststr. B. Sprengel, Chemnitzstr. 55

Nährmittelverteilung 1. Von den für die Stadt Dresden auf die Zeit vom 28. September bis 25. Oktober 1919 ausgegebenen Nährmittelkarten werden beliefert: a. Abschnitt 23 der gelben Nährmittelfarte A mit einem Pfund Rindergriesmehl.

Verteilung von Auslandszucker 1. Auf Wunsch, 452" der Lebensmittelkarte (28. 9. bis 25. 10. 1919) wird ein Pfund Auslandszucker verteilt. 2. Krankenhäuser und Kliniken erhalten beim Reichsgebiet für Kranke aus dem Zustande Begünstigte über je ein Pfund Auslandszucker für jedes belegte Bett.

Die Ausweise und Bezugsscheine sind in einem Kleinhandels-Geschäft am 2. oder 3. Oktober 1919 anzumelden und vom Geschäftsinhaber in der bisherigen Weise aufzuarbeiten und verpackt der zuständigen Meldestelle am 3. oder 6. Oktober 1919 abzugeben.